



Gewerkschaft der Polizei

Bundespolizei | Zoll

Gewerkschaft der Polizei · Forststraße 3a · 40721 Hilden

An den Bundesminister des Innern,
Herrn Alexander Dobrindt, MdB

**Bezirk Bundespolizei | Zoll
Bezirksvorstand**

Forststraße 3a
40721 Hilden

Telefon: 0211 7104-0
Telefax: 0211 7104-555

gdp@gdp-bundespolizei.de
www.gdp-bundespolizei.de

Offener Brief

3. August 2026

Forderungen der GdP-Bezirke Bundespolizei | Zoll und BKA zur Stärkung der Handlungsfähigkeit unserer Beamtinnen und Beamten und zum Schutz der Bevölkerung

Sehr geehrter Herr Bundesinnenminister Dobrindt,

wir als Gewerkschaft der Polizei (GdP) – Bezirk Bundespolizei | Zoll und Bezirk BKA – haben Ihre klaren Worte und Analysen im Anschluss an den feigen und abscheulichen Terroranschlag beim Christopher Street Day (CSD) in Berlin mit Aufmerksamkeit verfolgt. Sie haben diesen Angriff unmissverständlich als islamistischen Terror bezeichnet und deutliche Konsequenzen gefordert.

Dafür danken wir Ihnen. Doch lassen Sie uns in aller Deutlichkeit sagen: Worte allein reichen nicht mehr aus.

Nach jedem schweren Vorfall oder Anschlag erleben unsere Einsatzkräfte exakt denselben Kreislauf: Die Betroffenheit ist groß, Kameras werden eingeschaltet, politische Forderungen werden laut. Es wird viel geredet, analysiert und versprochen. Nach wenigen Wochen wird es wieder ruhig – und der Zustand wiederholt sich beim nächsten Mal. Zurück bleiben zum einen natürlich die Opfer und ihre Angehörigen. Zum anderen unsere Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich den Kopf für die Sicherheit dieses Landes hinhalten, während sich an ihren tatsächlichen Arbeitsbedingungen nichts ändert.

Dieser Kreislauf zermürbt.

Unsere Kolleginnen und Kollegen brauchen das fundamentale Gefühl der Selbstwirksamkeit zurück. Sie müssen erleben, dass ihr täglicher Einsatz, ihr Risiko und ihre harte Arbeit einen greifbaren und messbaren Wert für den Schutz dieses Landes haben. Wenn sie jedoch unter Einsatz ihrer Gesundheit einen bekannten Gefährder oder Kriminellen unter hohem Aufwand festnehmen, dieser aber kurz darauf – gestützt auf unzureichende rechtliche Konsequenzen, lasche Bewährungsentscheidungen oder ein als zu milde empfundenen



**Gewerkschaft
der Polizei**

Bundespolizei | Zoll

Jugendstrafrecht – wieder vor ihnen steht und ihnen frech ins Gesicht grinst, dann explodiert der Frust. Dann stirbt der Glaube an die Wirksamkeit unseres Rechtsstaates Stück für Stück ab.

Deshalb unterstützen wir Ihre Forderungen nach schärferen Instrumenten wie der Pflicht zur elektronischen Fußfessel oder der Präventivhaft ausdrücklich. Aber diese Instrumente dürfen keine Papiertiger bleiben. Sie müssen rechtlich so handfest, lückenlos und unbürokratisch gestrickt sein, dass sie im Alltag der Gefahrenabwehr greifen und nicht im Paragraphendschungel oder an Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern verenden. Wer „scharfe Schwerter“ ankündigt, der muss dafür sorgen, dass diese Klingen auch schneiden und von unseren Beamtinnen und Beamten rechtssicher geführt werden können.

Herr Minister, erlauben Sie uns am Ende die Frage, die uns auf den Dienststellen täglich gestellt wird und die wir Ihnen – stellvertretend für die Menschen in diesem Land – stellen müssen:

Wie wollen Sie, wie wollen wir alle zusammen, den Hinterbliebenen der Opfer eines Anschlags oder der gesamten besorgten Bevölkerung eigentlich noch erklären, dass hoch gefährliche Personen den Behörden seit langem namentlich bekannt sind, vom System digital als Risikofaktoren geführt werden, am Ende aber dennoch immer wieder zuschlagen können?

Unsere Kolleginnen und Kolleginnen halten den Kopf hin. Sie tun das mit unverändertem Berufsethos. Aber sie erwarten von der Politik jetzt keine neuen Prüfaufträge oder Ankündigungsrhetorik mehr, sondern die rechtlichen Werkzeuge, die diesen Staat wieder wehrhaft machen!

Auf den folgenden beiden Seiten finden Sie daher unseren Sieben-Punkte-Forderungskatalog, was sich aus unserer Sicht jetzt konkret ändern muss.

Mit freundlichen Grüßen

Andreas Roßkopf

Vorsitzender GdP-Bezirk Bundespolizei | Zoll

Guido Schweickardt

Vorsitzender GdP-Bezirk BKA



Unser Sieben-Punkte-Forderungskatalog: Was sich jetzt für unsere Kolleginnen und Kollegen ändern muss

Damit aus politischen Forderungen ein echter Mehrwert für die tägliche Praxis unserer Mitglieder wird, fordern wir unverzüglich:

1. Rechtssichere und einheitliche Vorgaben für Fußfessel und Präventionshaft

- Unsere Forderung: Die elektronische Fußfessel für Gefährder muss automatisch gesetzlich angeordnet werden, sobald jemand als „relevante Person“ eingestuft ist. Gleichzeitig sollte die Möglichkeit für Präventionshaft bundesweit einheitlich geregelt sein.
- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Sofortige Entlastung. Kein langes Warten auf Beschlüsse oder Kompetenzstreitigkeiten zwischen Bund und Ländern. Wenn ein Gefährder im Dienstbereich auftaucht, greifen die Regelungen einheitlich und rechtssicher, ohne dass der Beamte oder die Beamtin vor Ort im Paragraphendschungel steht.

2. Schluss mit der Hängepartie beim Bundespolizeigesetz

- Unsere Forderung: Die inhaltlich bereits beschlossene Modernisierung des Bundespolizeigesetzes (BPolG) darf nach der parlamentarischen Abstimmungspanne kurz vor der Sommerpause nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wir fordern von allen Fraktionen, die namentliche Wiederholungsabstimmung direkt in der ersten Sitzungswoche im September ohne parteipolitisches Taktieren durchzuziehen.
- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Schnelle Rechtssicherheit. Ihre Polizistinnen und Polizisten warten seit Jahrzehnten auf zeitgemäße Befugnisse wie verdachtsunabhängige Kontrollen in Waffenverbotszonen oder erweiterte Befugnisse für den Einsatz von KI-unterstützterameratechnik, Herr Minister. Jede Woche Verzögerung durch formale Pannen ist eine Woche, in der unsere Kolleginnen und Kollegen ohne die modernsten rechtlichen Schutzwerkzeuge auf der Straße stehen.

3. Informationsaustausch zwischen Bund, Ländern und Ämtern zwingend intensivieren

- Unsere Forderung: Gefährder bewegen sich ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten quer durch Deutschland. Wir fordern eine gesetzlich verpflichtende, lagebezogene Intensivierung des Informationsflusses zwischen Bundes- und Landesbehörden sowie den zuständigen Ämtern.



- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Mehr Klarheit und besseren Eigenschutz. Wenn Bundesbehörden, Landespolizeien und Ämter Hand in Hand arbeiten und relevante Gefahrenlagen unbürokratisch teilen, wissen unsere Kolleginnen und Kollegen auf der Straße endlich wieder, mit wem sie es im Kontrollalltag wirklich zu tun haben. Ein lückenloser Informationsfluss schützt vor bösen Überraschungen im Dienst.

4. KI-basierte Detektion: Moderne Technik, die unsere Kräfte schützt

- Unsere Forderung: Die gesetzliche Erlaubnis zum verstärkten Einsatz von KI-basierter Detektionssoftware zur automatisierten Risikoanalyse. Bewegungsprofile von Fußfesseln müssen von den zuständigen Stellen datenschutzkonform automatisch mit Großveranstaltungen abgeglichen werden dürfen.
- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Einen digitalen Schutzschild. Die Technik schlägt an den zuständigen Stellen automatisch Alarm, bevor der Gefährder in der Menschenmenge untertaucht. Diese könnten im Gefahrenfall die Kräfte vor Ort informieren und so ein zielgerichtetes, sicheres Einschreiten ermöglichen.

5. Massive Entlastung durch ziviles Rahmenpersonal

- Unsere Forderung: Neue digitale Befugnisse und die engmaschige Überwachung von Gefährdern erzeugen einen enormen administrativen Aufwand. Wir fordern den massiven Ausbau von zivilem Rahmenpersonal auf den Dienststellen, um unsere Vollzugskräfte endlich von der lähmenden Fließband-Bürokratie zu befreien.
- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Fokus auf die Straße. Nur wenn administrative Aufgaben von zivilen Angestellten übernommen werden, haben unsere Vollzugskräfte überhaupt die Zeit und den Kopf frei, um sich auf ihren Kernauftrag – die Sicherheit und den Eigenschutz im Einsatz – zu konzentrieren.

6. Würdige Dienstbedingungen: Moderne Wachen und gerechte Bezahlung

- Unsere Forderung: Eine sofortige Investitionsoffensive in die marode Infrastruktur und Unterbringung unserer Dienststellen sowie eine spürbare, leistungsgerechte Anpassung der Bezahlung und Zulagen, die dem realen Risiko auf der Straße endlich gerecht wird.



- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Wertschätzung im Alltag und auf dem Konto. Moderne Wachen und eine faire Vergütung sind keine Luxusforderungen, sondern die absolute Mindestvoraussetzung dafür, dass Ihre Polizistinnen und Polizisten gesund, motiviert und mit echter Anerkennung den Kopf für diesen Staat hinhalten, Herr Minister.

7. Konsequenter Gewahrsam von nachweislich ausreisepflichtigen Straftätern bis zur Rückführung

- Unsere Forderung: Justiz und Ausländerbehörden müssen gesetzlich verpflichtet werden, bei ausreisepflichtigen Straf- bzw. Intensivtätern den Abschiebegewahrsam als zwingenden Regelfall anzuordnen.
- Das bringt es unseren Kolleginnen und Kollegen: Das Ende des Frust-Kreislaufs. Wenn unsere Kräfte einen vollziehbar ausreisepflichtigen Straftäter unter hohem Aufwand festnehmen, bleibt dieser bis zur tatsächlichen Rückführung hinter Gittern.